

Einführung

Felicitas Hillmann/ Anne v. Oswald/Andrea Schmelz

Krise und Migration neu denken – wie kann das gehen? Wie kann man ein so großes Thema überhaupt unter einen wissenschaftlichen Hut bringen? Wie lassen sich die kontroversen und unübersichtlichen Positionen in verschiedenen Ländern der EU für die politische Bildung aufbereiten und überhaupt erst einmal verstehen? Und das in nur zwei Tagen!

Als wir diese Konferenz vor über einem Jahr gemeinsam planten, wussten wir noch nichts von der Sarrazindebatte, wir befanden uns noch mitten in der Finanz- und damit auch Wirtschaftskrise.

Aufgabe der Wissenschaft ist die Strukturierung von Wissen und sie soll einen Beitrag zum Verständnis gesellschaftlicher Probleme und Anliegen bieten. Im besten Fall liefert sie sogar eine Erklärung für die beobachtbaren Entwicklungen.

Herausforderung für die politische Bildung ist das multiperspektivische Aufzeigen von Positionen in brisanten gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern. Sowohl die Wirtschafts- und Finanzkrise als auch Migration und Integration gehören daher zu den zentralen Schwerpunktthemen der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wie kann man also ein so enorm komplexes Wissensfeld und politisches Handlungsfeld in zwei Tagen wenigsten annähernd abbilden? In diesen Tagen sind die Einschätzungen darüber, ob wir uns überhaupt noch in einer Krise befinden, schon widersprüchlich. Noch widersprüchlicher sind die Vorstellungen darüber, was dies für die Migranten, für die Migration heißt.

Man muss nicht so weit gehen, dass man gleich eine weltweite Analyse anstrebt – nicht einmal eine europäische - doch scheinen sich uns bereits mit Blick allein auf den deutschen Fall bei der Interpretation der „Krise“ zwei prinzipiell unterschiedliche Positionen abzuzeichnen:

Einmal die wirtschaftsnahe Position, die von einer Überwindung der Krise ausgeht und dies durch die Zuwächse in der Exportproduktivität belegt. Mit dem konjunkturellen Aufschwung hat zyklisch erneut der Ruf nach Zuwanderung (hoch) qualifizierter Fachkräfte Konjunktur. Die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Mitte November veröffentlichten Zahlen gehen von einer Zunahme des Bruttoinlandproduktes um 0,7 % im dritten Quartal aus. Und es wird davon ausgegangen, dass es sich zunächst um ein stark exportgetriebenes Wachstum handelt. Am Arbeitsmarkt werden positive Entwicklungen betont: erstmals seit

Herbst 2008 wurde die Arbeitslosenzahl unter der Drei-Millionen-Grenze gemessen und lag damit auf dem tiefsten Stand seit Oktober 1992 (Zitat Internet BmWi, 19.11.2010)

Argumentativ stützt sich das Ministerium dabei auf die neue Wachstumsprognose der OECD und fordert, den Aufschwung durch die Zuwanderung von Fachkräften anzuheizen: „Wir brauchen dringend mehr Zuwanderung von Fachkräften“ heißt es dort.

Das DIW legte so auch Mitte/Ende November eine „Agenda Zuwanderung“ vor, in der nach einem 10-Punkte Plan für die gezielte Anwerbung von Fachkräften geworben wird.

Ganz anders klingt die Position, die sich in vielen wissenschaftlichen Publikationen findet, und die die aktuell so positiv dargestellten Entwicklungen hinterfragt. Hier geschieht in der Regel eine Bezugnahme auf die größeren gesellschaftlichen Trends, auf die gesamtgesellschaftliche Dimension der Finanzkrise. Bei dieser Form der Wissensstrukturierung zeigt sich:

Die lediglich auf die „Wirtschaft“ bezogene Krise, die mag vielleicht schon überwunden sein.

Was jedoch übrig geblieben ist, ist eine Krise des Wohlfahrtsstaates, der die kurz- und langfristigen Folgen der Wirtschaftskrise durch seine institutionellen Arrangements abpuffert und der Gesellschaft gestaltet durch Bildungspolitiken, durch Sozialpolitiken und durch Vorsorgepolitiken. Das Sicherheitsnetz unseres Wohlfahrtsstaates konzentrierte sich bislang auf die Risiken, die durch den Verlust von Erwerbstätigkeit entstehen, nicht aber auf generelle – häufig indirekt wirkende - Risiken, wie sie ja mit der erlebten Finanzkrise in Verbindung stehen: auf die fallenden Erlöse aus Lebensversicherungen, fallenden Immobilienpreise und abgewerteten Immobilienfonds?

Und nicht nur das: Die öffentlichen Mittel, die der Mehrheit zugute kommen, werden zurückgeschnitten, es wird zunehmend auf die Individualisierung von Problemlösungen rekurriert – so wurde jüngst das Programm „Soziale Stadt“ drastisch gekürzt.

Chiara Saraceno spricht hier von einer Redefinition im Zuge der Krise: es sind nun immer weniger die fehlenden Arbeitsplätze, die im Mittelpunkt stehen, sondern es ist die Unfähigkeit des Einzelnen, keinen entsprechenden Job zu finden. Die Krise

brachte die Individualisierung von Risiken und Verantwortlichkeiten mit sich, man ging weg von strukturellen Lösungen zu Gutscheinen für Individuen.

Bezogen auf den Arbeitsmarkt heißt dies – und so analysiert das IAB – wurden die jetzt immer wieder gemessenen Verbesserungen bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit erheblich durch eine starke Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigung und atypischen Beschäftigungsformen erzielt, ein großer Teil davon als prekär. Beschäftigte wurden in der Krise gehalten, doch die Arbeitszeitkonten wurden geräumt und Einkommenseinbußen bei Kurzarbeit hingenommen. Hinweise auf eine Individualisierung der Wirtschaftskrise geben auch die Privatinsolvenzen: sie sind im Jahr 2010 so hoch wie nie zuvor. Besonders die jungen Menschen sind von Verschuldung betroffen: vor allem Alleinerziehende gehören zur Zielgruppe.

Und hier nun kommen wir zum Thema unserer zweitägigen Konferenz:

Welche Auswirkungen hat die Wirtschaftskrise in Europa

auf 1. Einwanderungspolitiken, und 2. auf die Situation der Migranten, Flüchtlinge und der irregulären Migranten – also auf solche Gruppen, die man tendenziell als besonders verwundbar bezeichnet?

Eine jetzt gerade im Oktober dieses Jahres veröffentlichte Studie des Migration Policy Institut unter dem Titel „Migration and Immigrants Two Years after the Financial Collapse: Where Do We Stand?“ bestätigt, dass Migranten in den meisten Industriestaaten seit 2008 stark von der Wirtschaftskrise betroffen sind und analysiert insbesondere fünf durch die Krise ausgelösten Veränderungen.

Die Studie zeigt zwei Jahre nach dem Ausbruch der Krise dass

- die legale und illegale Einwanderung in die EU-Länder sich stark verlangsamt hat
- bestimmte Einwanderungsgruppen von der Krise ganz besonders betroffen waren (z.B. Nordafrikaner und Lateinamerikaner in Spanien, Einwanderer aus Bangladesh und Indien in Großbritannien)

INTERNATIONAL CONFERENCE

Rethinking Migration in Times of Economic Crisis in Europe, 9 – 10 Dec. 2010

www.network-migration.org and www.migremus.uni-bremen.de

- es zudem Männer – insbesondere junge Männer- überdurchschnittlich härter als Frauen traf, weil sie stärker in krisenanfälligen Branchen, wie das Baugewerbe oder bestimmte Industriezweige arbeiten
- die Rücküberweisungen in die Herkunftsländer deutlich zurück gingen – d.h. Empfängerländer besonders hart getroffen waren bzw. sind.
- und 5., dass viele Migranten und Migrantinnen mit langen Perioden der Arbeitslosigkeit rechnen müssen und generell eine Dequalifizierung erleiden.

Aber hier gilt es zu differenzieren und sich die unterschiedlichen Entwicklungen in den Industriestaaten anzuschauen.

Am stärksten stieg die Zahl der Arbeitslosen unter den Einwanderern in Spanien und Irland, wohingegen in Deutschland die Zahl nicht anstieg, sondern sich sogar in den zwei letzten Jahren verringerte:

Im Vergleich zum Oktober 2008 ging die Quote der arbeitslosen Ausländer in Deutschland um fast 3 Prozentpunkte zurück, von 17,2 % auf 14,7 %.

Wo wir nun stehen, welche Unterschiede und warum festzustellen sind und wohin die Entwicklungen hinsichtlich neuer Herausforderungen in der Zeit der Post-Krise gehen, werden wir heute und morgen anhand der vielen spannenden unterschiedlichen Länderstudien und übergreifender Beiträge analysieren und gemeinsam diskutieren.

In Deutschland spricht man bereits von der Zeit NACH der Wirtschaftskrise.

Aber was passiert, wenn die staatlichen Stützungsmaßnahmen komplett ausgelaufen sind?

Schon jetzt verzeichnet man eine deutliche Abnahme des Aufschwungstempos, und das bei einer Neuverschuldung des Bundes in enormer Höhe.

Und welche Auswirkungen hat dies dann auf die Migranten in Deutschland?

Wie sieht es heute in Irland, Italien, Spanien und Tschechien aus und welche Krisenauswirkungen und Trends können ausgemacht werden?

In den nächsten beiden Tagen beschäftigen wir uns vor allem mit den strukturellen Auswirkungen der Krise auf Migrations- und Remigrationspolitiken und mit den Folgen der Krise für die Lebenslagen von Migranten und ihren Familien.

Es werden Fragen im Hinblick auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Migrationspolitik und die Migranten aufgeworfen und diskutiert werden. Die meisten Fragen sind komplex und es gibt keine einfachen Antworten.

Es sind aber gerade diese offenen Fragen, die in der Öffentlichkeit zunächst einmal diskutiert werden müssten – Migration in Zeiten der Wirtschaftskrise neu zu denken – die heutige und morgige Tagung gibt uns ausreichend Stoff für dieses Nachdenken.

Heute können wir vor allem die kurz- und sehr eingeschränkt die mittelfristigen Auswirkungen anhand von Strukturdaten und politischen Entscheidungen beschreiben, analysieren und interpretieren. Empirische Erkenntnisse zu den krisenbedingten Bewältigungsmustern der Migranten oder zu Ausgrenzungsmechanismen in unterschiedlichen Bereichen wie z.B. Arbeitsmarkt, Bildung, gesellschaftliche Teilhabe etc. sind methodisch komplexer zu erfassen. Ohne vorzugreifen, möchten wir schon jetzt eine Einschätzung geben, in welche Richtung die offenen Fragen gehen könnten:

Erstens: Wie entwickeln sich beispielsweise die langfristigen sozialen Kosten der Krise in den Familien der Migranten, bei den Kindern und den Heranwachsenden?

Ist die Wirtschafts- und Finanzkrise für viele Migranten lediglich als graduelle, krisenbedingte Verschärfung einer gewohnheitsmäßig harten Existenzsicherung zu bewerten?

Wirken sich beispielsweise verschärfte ökonomische Unsicherheiten weiter negativ auf die Bildungschancen aus? Wenn es in dieser Hinsicht eine Benachteiligung gibt, dann stellt sich die Frage, wie Migrantenfamilien die Verschärfung ihrer Lebenssituation bewältigen?

Inwiefern meistern sie diese etwa durch erhöhte Mobilität, durch Flexibilität und durch Beharrungsvermögen sowie in persönlichen Notlagen durch die Solidarität familiärer und freundschaftlicher Netzwerke?

Oder – dies ist eine ebenfalls wahrscheinliche Variante: Wann tragen solche Netzwerke nicht mehr und wen tragen sie vielleicht überhaupt nicht?

Zweitens: In welchem Maße und in welchen Bereichen verschärfen sich Ausgrenzungen? Lässt sich eine zunehmende Diskriminierung und Xenophobie beobachten? Wie können diese überhaupt belegt werden?

Ein Großteil der Diskriminierung und der Menschenrechtsverletzungen gegen Migranten bleibt auch in Zeiten der Krise undokumentiert. Aus unterschiedlichen Ländern (Spanien, Italien, Großbritannien, Russische Föderation) häuften sich zu Beginn der Krise Medienberichte, dass Arbeitsmigranten fremdenfeindlichen Angriffen ausgesetzt sind. Teile der Bevölkerung in vielen europäischen Ländern erklärten die ausländischen Arbeitskräfte zum Sündenbock für die Wirtschaftsmisere. In Großbritannien beispielsweise hatten Arbeiter in der chemischen Industrie und in der Ölindustrie landesweit sogar gegen die Beschäftigung von Arbeitskräften aus der EU protestiert. Wie aber verhält es sich mit den Diskriminierungen, die weniger offensichtlich, weil institutionell bedingt sind?

Drittens: In welchem Maße ist der Rechtsruck bei jüngsten Wahlen in mehreren europäischen Ländern und die erhitzte, polarisierende Debatte über die Integrationsunfähigkeit von Migranten beeinflusst durch die Wirtschafts- und Finanzkrise? Ist es ein Zufall, dass Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ mit den Bedrohungsszenarien über angeblich ungebildete, kinderreiche Migrantenfamilien und das Aussterben der deutschen Mittelschicht in Zeiten der Wirtschaftskrise zum Top-Bestseller der Nachkriegsgeschichte geworden ist?

Diese offenen Fragen sind Anlass, Wirtschaftskrise in Zeiten der Migration neu zu denken. Wir freuen uns auf spannende Beiträge und Diskussionen.

Bevor wir nun die Konferenz mit dem ersten Beitrag eröffnen, möchten wir uns als verantwortliche Organisatorinnen der Konferenz sehr herzlich zunächst einmal bei Herrn Peter Winkels und dem Team vom Haus der Kulturen der Welt bedanken, die es uns erneut ermöglicht haben, in diesen schönen Räumen zu tagen.

INTERNATIONAL CONFERENCE

Rethinking Migration in Times of Economic Crisis in Europe, 9 – 10 Dec. 2010

www.network-migration.org and www.migremus.uni-bremen.de

Unser besonderer Dank gilt unserer Assistentin Jana Taube und dem Team Intransitos, die die Grafik der Konferenz entwickelt haben und für die Logistik und Organisation der Tagung verantwortlich sind.

Auch dem Organisationsteam vom Netzwerk Migration und der Universität Bremen, insbesondere dem Institut für Geographie und dessen Mitarbeiterinnen, die uns heute und morgen, sei herzlich gedankt! Schließlich bedanken wir uns bei den zahlreichen ReferentInnen, die keine Mühe gescheut haben, den Weg nach Berlin auf sich zu nehmen und eigens einen Vortrag auszuarbeiten.

Ohne die finanzielle Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung und der Europäischen Kommission wäre diese Konferenz nicht möglich gewesen – dafür nochmals unser ausdrücklicher Dank!

Wir wünschen uns allen anregende zwei Tage und eine aufmerksame Diskussionskultur.